№ 94 Abend-Ausgabe
B 47

Berlin

Sonnabend, 24. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Der Krieg gegen die Gemeinden.

Vandalismus in Bochum.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Essen**, 24. Februar.

Die Franzosen arbeiten, wie es scheint, planmäßig daran, die Städteverwaltungen im besetzten Gebiete ihrer leitenden Personen zu berauben und so entweder die Gemeinden zur Nachgiebigkeit zu zwingen oder den kommunalen Verwaltungsbetrieb lahmzulegen. Bisher wurden zu diesem Zwecke lediglich die Oberbürgermeister, Bürgermeister und die die letzteren vertretenden Beigeordneten nacheinander verhaftet. Dies „System" ist so „energisch" verwirklicht worden, daß jetzt mit Ausnahme von Lüdenscheid und Mülheim bereits alle Städte des Ruhrbezirks ohne Oberbürgermeister sind. In Lüdenscheid ist nach den Ausweisungen und Verhaftungen der leitenden Kommunalbeamten nur mehr ein einziger Beigeordneter übrig geblieben. Man hat einen Ausschuß gebildet, der die Geschäfte der Stadt führt, den aber die Franzosen nicht anerkennen wollen.

Jetzt sind die Eindringlinge noch einen Schritt weitergegangen und haben gestern abend um 6 Uhr in Bochum die ganze Stadtverordnetenversammlung aufgehoben. Die Stadtverordneten waren um diese Zeit zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Franzosen besetzten mit zehn Tanks den Platz vor dem Rathause, sperrten das Rathaus ab und drangen dann in den Sitzungssaal ein. An jeden der anwesenden Herren richtete ein Offizier die Frage, ob er sich verpflichte, all das zu liefern, was die Franzosen mit Hilfe von Requisitionen nicht erhalten konnten. Die Frage wurde natürlich ausnahmslos verneint. Darauf wurden die Anwesenden gewaltsam aus dem Sitzungssaale getrieben. Festgenommen wurden der Oberbürgermeister, vier besoldete Stadträte und achtzehn Stadtverordnete. Dieselben Stadtverordneten, die als Arbeitnehmervertreter gelten, haben die Franzosen nicht verhaftet; offenbar haben sie die Illusion noch immer nicht aufgegeben, durch solche Unterschiede der „Behandlung" die Gegnerschaft der Arbeiter überwinden zu können. Davon kann selbstverständlich unter keinen Umständen die Rede sein. Die Gewerkschaften bereiten zurzeit über einen etwaigen Generalstreik, der heute mittag beginnen soll.

In der vergangenen Nacht war Bochum abermals der Schauplatz unerhörter Plünderungen und Zerstörungen durch die französischen Truppen. Eine starke französische Truppenabteilung erstürmte in der Nacht das Gebäude der Handelskammer in Bochum. Hier hausten die Franzosen in einer Art und Weise, die ihre bisherigen vandalistischen Gewaltakte vielleicht noch in Schatten stellt. Die Kassen- und Panzerschränke der Handelskammer wurden gesprengt, sämtliche Schränke und Schreibtische aufgebrochen und ihr Inhalt an Akten und dergleichen teils fortgeboracht, teils auf der Straße zerstreut, die heute früh völlig übersät war. Die Vorhänge und Gardinen wurden von den Fenstern gerissen, die Teppiche, soweit sie nicht mitgenommen wurden, vollständig zerschnitten und die an den Wänden des Sitzungssaales der Kammer und in den einzelnen Zimmern hängenden Oelbilder der früheren Präsidenten der Kammer sowie anderer Männer zerfetzt und zertrampelt. In der Privatwohnung des Syndikus Dr. Jacobshagen, der selbst nicht anwesend war, wurden ebenso wie aus der Wohnung des Rechtsanwalts Dr. Schüler eine Anzahl von Lederessesseln geholt und mitgenommen.

Die Franzosen zogen schließlich in aller Frühe mit zahllosen Wagenladungen der aus der Handelskammer gestohlenen Möbel und Ausstattungsstücken, Teppichen sowie Lebensmitteln ab. Das ganze Handelskammergebäude ist bis auf die kahlen Wände restlos ausgeplündert. Es ist kein Stuhl und kein Tisch mehr vorhanden.

In dem Zimmer des Syndikus, dessen Verhaftung anscheinend geplant war, öffneten die Franzosen vor ihrem Abzug die Gashähne und schlossen dann das Zimmer ab, so daß es sich mit Gas füllte. Das Gas ist dann später auch in die übrigen Räume gedrungen.

* **Paris**, 24. Februar.

Im Gegensatz zu verschiedenen Meldungen der Morgenblätter aus London, nach denen die französisch-englischen Verhandlungen über die militärische Benutzung der Eisenbahnen in der englischen Zone noch nicht beendet seien, berichtet Havas im „Journal", diese Verhandlungen scheinen beendet. England wurde außer der Dürener Linie Frankreich die freie Benutzung der großen Strecke überlassen, die am rechten Rheinufer entlang über Deutz nach Koblenz heruntergeht. Außerdem würde es sich verpflichten, Frankreich auch die Benutzung der großen linksrheinischen Strecke zu überlassen, wenn hierfür eine militärische Notwendigkeit anerkannt werde.

Der gleiche Artikel berichtet, daß der Zollgürtel nunmehr ausschließlich von französischem und belgischem Personal gebildet und bald bedeutend verstärkt würde. Bis jetzt seien die Arbeiten nicht sehr groß gewesen. Täglich kämen etwa 40 Anträge um Ausfuhrerlaubnis ein, die in der Hauptsache aus England, der Schweiz, Italien, den Niederlanden und Skandinavien stammten. Deutschland führe einen Einfuhrkreuzt durch. Die deutsche Industrie hätte genügend Kohle, Rohstoffe und Halbfabrikate aufgehäuft, um sich dies gestatten zu können.

Pariser Nervosität.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 24. Februar.

Allen offiziösen Versicherungen zum Trotz kann festgestellt werden, daß Frankreich mit wachsender Ungeduld nach einer Entspannungsmöglichkeit ausschaut. Während in Regierungskreisen eine Art von entschlossener Resignation zur Schau getragen wird, herrscht in parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen starke Nervosität, die mehr und mehr das sonst politisch nicht interessierte große Publikum erfaßt. Die lange Dauer des deutschen Widerstandes, für dessen Ende niemand eine Prophezeiung wagt, wird als Beweis dafür betrachtet, daß Deutschland oder wenigstens die deutsche Industrie seit langem auf die Besetzung des Ruhrreviers gefaßt war und Vorbereitungen für diesen Fall getroffen hatte. Aus der hier herrschenden Nervosität darf aber nicht gefolgert werden, daß die öffentliche Meinung Frankreichs den Rückzug aus dem Ruhrgebiet oder den Sturz des Kabinetts fordert. Selbst Kreise, die offen die französisch-belgische Aktion ohne englische Mitwirkung als einen Fehler bezeichnen, machen in erster Linie Deutschland für die Krise verantwortlich und erklären es für unerläßlich, daß Frankreich „durchhalte", bis „annehmbare deutsche Vorschläge vorliegen".

Am Quai d'Orsay war bis jetzt keine genaue Auskunft darüber zu erlangen, unter welchen Bedingungen Frankreich und Belgien bereit wären, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiete zurückzuziehen. Der Brüsseler Berichterstatter des „Oeuvre" hat diese Frage einer „hohen belgischen Persönlichkeit" vorgelegt. Er erhielt die Antwort, daß auch die belgische Regierung entschlossen sei, keine Erklärung dieser Art abzugeben, solange die deutsche Regierung nicht ihrerseits Vorschläge gemacht habe. Auf weiteres Befragen wurde dem Mitarbeiter des Pariser Blattes erklärt, Frankreich und Belgien würden vor allem verlangen, daß Deutschland „Ordnung in seine Finanzen bringe" und die Kontrolle des Garantiekomitees oder einer anderen alliierten Behörde annehme. Oesterreichs Beispiel beweise, was in dieser Hinsicht erreicht werden könne. Falls Deutschland die Finanzkontrolle annehme, werde ihm ein Zahlungsaufschub für die Barzahlungen zugebilligt werden. Frankreich und Belgien würden dann schrittweise, je nach Ausführung der übernommenen Sachleistungen durch Deutschland, ihre Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiete zurückziehen. Dies sei der Plan, den Poincaré bereits dargelegt habe. Ein anderer bestehe nicht. Nähere Mitteilungen über die von Deutschland zu fordernden Sachleistungen könnten nicht gemacht werden, weil jede Angabe solcher Art von deutscher Seite als Anzeichen der Schwäche aufgefaßt würde.

Umlagegetreide und Brotpreis.

Im Gegensatz zu der Entwicklung der Preise für das Getreide auf dem freien Markt, die, entsprechend dem Dollarkurs, stark nach abwärts neigt, ist damit zu rechnen, daß der Preis für das dickste und saftste Schnitzel der Getreideumlage beträchtlich erhöht werden wird. Die Gemischte Kommission des Reichsrats hat sich mit Mehrheit für einen Satz von 600 000 M. für die Tonne Roggen ausgesprochen, während der bisherige Preis 165 000 Mark beträgt. Diese Festsetzung wurde mit der Erhöhung der Produktionskosten, die auf 678 000 M. pro Tonne geschätzt werden, gerechtfertigt. Im freien Verkehr wird Roggen mit 840 000 M. bezahlt.

Bei den Beschlüssen der Reichstagskommission handelt es sich nicht um eine endgültige Feststellung, vielmehr wird die Entscheidung erst durch die Regierung getroffen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Erhöhung in dem vorgeschlagenen Maße erfolgen wird, wenn auch ein beträchtlicher Preiszuschlag unvermeidlich ist, um die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, die verteuerten Düngemittel und sonstigen Betriebskosten für die neue Ernte aufzubringen.

Eine andere Frage ist, ob die Erhöhung des Umlagepreises wie bisher auf die Verbraucher abgewälzt wird. In der Regierung scheint die Auffassung zu überwiegen, daß die Preissenkungsaktion auf das Schwerste gefährdet würde, wenn das wichtigste Nahrungsmittel der breiten Massen aufs neue verteuert würde. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß eine Erhöhung der Preise für das Markenbrot vermieden wird. Gleichzeitig wird es Aufgabe der Regierung sein, die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung zu ändern und einen Abbau der Kohlenfrachten vorzunehmen. Dann wird es möglich sein, die Auswirkungen der Markbesserung in vollem Umfange für die Verbraucher fühlbar zu machen.

Der Schiedsrichter.

Von

Dr. Wilhelm Feldmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 21. Februar.

„... Kurz, meine Herren, wir haben keinen Grund, an der Sympathie der englischen Regierung für unsere gerechte Sache zu zweifeln. Wir dürfen nicht vergessen, daß Herr Bonar Law mancherlei Rücksichten zu nehmen hat und deshalb seine wahre Auffassung nicht immer offen bekunden kann. Aber wenn wir durchhalten, werden die Hoffnungen, die wir auf England setzen, sicher erfüllt werden."

Diese Worte stammen nicht etwa aus einer Rede des deutschen Reichskanzlers. So ungefähr hat Poincaré am Montag vor dem Kammerausschuß für äußere Angelegenheiten gesprochen. Aber unter den Abgeordneten, die seinen Worten lauschten, war sicher mehr als einer, der den Eindruck hatte, daß die Erklärungen Poincarés über Englands Haltung mit gewissen kleinen Aenderungen ebenso gut in eine Rede des deutschen Kanzlers gepaßt hätten.

Die Pariser Pressestimmen zu den Londoner Unterhausreden waren auf den gleichen Ton gestimmt wie die Kommentare der deutschen Presse. Hüben und drüben die gleiche Enttäuschung. So schien es wenigstens den französischen politischen Kreisen. Und diese Feststellung wirkte nicht einmal überraschend. Es ist für alle ernsten Politiker in Frankreich ausgemacht, daß die „wohlwollende Neutralität" des englischen „Verbündeten" in erster Linie das Ziel verfolgt, England die Schiedsrichterrolle zu sichern, dank der es die politische Lage Europas beherrscht.

Ich hörte hier äußern, für die Engländer sei der deutsch-französische Konflikt ein Hahnenkampf, bei dem die Zuschauer je nach Neigung oder Interesse auf den einen oder andern Kampfhahn setzen, um sich schließlich mit kühlem Achselzucken abzuwenden, wenn zum Schluß die beiden Hähne dran glauben müssen. Dieser Vergleich verliert nichts von seinem Reiz dadurch, daß sein französischer Urheber hinzusetzte, man könne England wegen seiner Haltung im Grunde keinen Vorwurf machen, denn seine Politik sei eben, was sie normal zu sein habe, nämlich englisch.

Die Zeiten sind vorbei, wo französische Leitartikler sich ehrlich überzeugt bemühten, den Engländern klarzumachen, daß Englands Interessen am besten durch vorbehaltlose Unterstützung der französischen Reparationspolitik gewahrt werden. Die Franzosen sind heute vollkommen darüber unterrichtet, daß die englischen Interessen mit den Interessen Frankreichs nur selten übereinstimmen und daß auf Englands Beistand daher nur zu rechnen ist, wenn Frankreich eine Gegenleistung anzubieten hat. Deshalb zweifelt hier auch kein Mensch an dem Bestehen gewisser Zusammenhänge zwischen den Orientfragen und der „Aktion" im Ruhrgebiet. Aber die englische Politik ist derartig geschickt, daß sogar in maßgebenden französischen Kreisen, deren Urteile auf dem gleichen Informationsmaterial beruhen, die Ansichten über die englischen Möglichkeiten für Frankreich auseinandergehen.

Am Quai d'Orsay hält man an der Anschauung fest, daß Bonar Law „am liebsten" offen an Frankreichs Seite träte und nur durch parlamentarische Rücksichten verhindert wird, sofort englische Ingenieure und womöglich Truppen ins Ruhrgebiet zu schicken. Was England zur Erleichterung der französisch-belgischen Aktion tut, wird freudig als Beweis für viel weitergehende Zukunftsabsichten begrüßt, und was es unterläßt, wird nachsichtig entschuldigt. Bezeichnend für diese optimistische Auffassung, als deren Hauptträger Poincaré selbst betrachtet werden muß, sind die Mitteilungen, die Marcel Hutin heute im „Echo de Paris" über die Kölner Verhandlungen veröffentlicht. Es genügt, hier die Ueberschrift wiederzugeben. Sie lautet: „Man ist von den französisch-englischen Unterhaltungen sehr befriedigt."

Ganz anders klingen die Pressestimmen, in denen die im Elysée vorherrschende Auffassung zum Ausdruck kommt, so heute morgen ein Artikel G. Hervés in der „Victoire" und an der Spitze des „Petit Parisien". Da kann man lesen, daß Bonar Law in gleichem Maße wie Lloyd George die Deutschen in ihrem Widerstand gegen Frankreich bestärkt, daß der Wiederaufbau Europas dadurch verhindert werde und daß nach französischer Anschauung „hauptsächlich England für die Zuspitzung der Lage verantwortlich" sei.

In den parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen Frankreichs wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Auffassung des Elysée als die richtige bezeichnet. Die Verstimmung gegen England wäre vermutlich noch viel ernster, wenn die Vorgeschichte der Ruhrbesetzung näher bekannt wäre. Selbst sonst gut unterrichtete Politiker sind über die Rolle, die England zwischen der Londoner und der Pariser Konferenz gespielt hat, nicht informiert. Man neigt aber auf Grund der wenigen bekannt gewordenen Vorgänge zu der Ansicht, daß von englischer Seite gewisse Eröffnungen gemacht worden sind, die das „Experiment" im Ruhrgebiet mindestens zum Teil erklären.

Es wird erneut behauptet, daß der Gedanke einer Ruhrbesetzung